



BURMA REPORT

April 2011

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 95

Free all political prisoners, free Burma.

"Burma_News" <burma_news@verizon.net>, 30 March 2011 Datum: Wed, 30. Mar 2011 23:12:20
UN – Secretary-General– office of the Spokeperson - <<http://www.un.org/apps/sg/sgstats.asp>>

Erklärung herausgegeben vom Sprecher des für Myanmar zuständigen

New York, den 30. März 2011

Der Generalsekretär hat die offizielle Mitteilung aus Naypyidaw über die Machtübergabe vom Peace and Development Council an die neue Regierung der Republik der Union von Myanmar zur Kenntnis genommen.

Die Obrigkeit Myanmars hat somit die Möglichkeit und in der Tat die Verpflichtung dem Volk gegenüber, zu zeigen, dass dieser Wechsel Gewicht hat und den Beginn eines echten Schrittes weg von fast 50 Jahren Militärregierung bedeutet. Der Generalsekretär glaubt, dass die Obrigkeit in einen umfassenden Dialog mit allen relevanten Parteien eintreten muss über weitreichende Reformen, die notwendig sind zur Entwicklung eines glaubhaften Regierungssystems, das erfolgreich die politischen und sozio-ökonomischen Probleme, denen sich Myanmar gegenüber sieht, angehen kann. Als Antwort auf das lang gehegte Verlangen des Volkes in Myanmar, nach nationaler Aussöhnung, Demokratisierung und die Anerkennung von Menschenrechten, ist es entscheidend, das Fundament für einen dauerhaften Frieden und für die Entwicklung im Lande zu legen.

Die Vereinten Nationen fühlen sich weiterhin zur Zusammenarbeit mit allen massgeblichen Akteuren verpflichtet, um eine stabile und völlig demokratische Zukunft aufzubauen, zu der alle Menschen in Myanmar beitragen können.

THE BURMANET NEWS, email newsletter covering Burma, Fri, March 25, 2011 Issue #4166, "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

The Irrawaddy - The Irrawaddy Today's Newsletter Fri, 25. Mar 2011 - news@irrawaddy.org www.irrawaddy.org -

Aufforderung an das burmesische Regime, das Kriegsrecht einzuhalten -

KO HTWE, den 25. März 2011

Die in den USA niedergelassene Menschenrechtsgruppe hat einen offenen Brief an das herrschende burmesische Regime gesandt mit der Aufforderung, die Menschenrechte oder das "Kriegsrecht" einzuhalten und mit der UNO im Hinblick auf die Untersuchung vermuteter Kriegsverbrechen des burmesischen Militärs zusammenzuarbeiten.

Der Brief, der an den Wehrdisziplinaranwalt des Regimes, Generalmajor Yar Pyae adressiert und vom Rechts- und politischen Direktor James Ross von Human Rights Watch (HRW) unterschrieben wurde, forderte das Regime ebenfalls dazu auf, sicherzustellen, dass die für die Vergehen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Brief führt aus: "Die Führung der Armee muss ein Zeichen setzen, dass die Verbrechen aufzuhören haben und diese Botschaft dadurch unterstreichen, dass sie die Straftäter strafrechtlich verfolgt".

Die burmesischen Streitmächte werden seit langem beschuldigt, Zivilisten in einer Anzahl von Gebieten der ethnischen Minderheiten direkt ins Visier ihrer Angriffe zu nehmen, wie z.B. in den Provinzen der Karen, Karenni, Shan, Chin und Arakanesen.

Das Schreiben führt eine Vielzahl von Vergehen an, wie z.B. aussergerichtliche Tötungen, Folter, Vergewaltigung von Frauen und Mädchen,

Zwangsarbeit, Targeting der Lebensmittelversorgung und anderer Objekte, die für das Überleben der Bevölkerung notwendig sind, sowie die Beschlagnahme von Eigentum.

Das Regime wie auch andere bewaffnete Gruppen in Burma werden ebenfalls für die Anwendung von Tretminen und die aktive Rekrutierung und Einsetzung von Kindersoldaten kritisiert. Es bestehen auch weitverbreitete Berichte darüber, dass die Junta Gefangene als Lastenträger in der Armee einsetzt und sie in einigen Fällen zwang, als Minensucher herzuhalten.

Der Brief führte aus, dass das Regime seine Ernsthaftigkeit beweisen müsse, indem es "seine Bereitschaft erklärt, zu kooperieren mit dem Vorschlag, eine Untersuchungskommission der UNO im Hinblick auf Kriegsrechts- und Menschenrechtsvergehen einzusetzen."

Ein solcher Schritt würde "helfen, Vergehen der Kriegsparteien des Landes einzudämmen", sagte Ross. Es würde ebenfalls die Tür für ernsthafte Gespräche über Recht und Verantwortlichkeit im Lande öffnen".

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com> [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on Burma Datum: Fri, 25. Mar 2011

The Irrawaddy - The Irrawaddy Today's Newsletter Fri, 25. Mar 2011 - news@irrawaddy.org www.irrawaddy.org

UWSA ruft nach Dialog mit der Junta

KO HTWE - Freitag, den 25. März 2011 <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=21014>

In Einer Erklärung vom vergangenen Samstag forderte Burmas grösste ethnische Gruppe, die United War State Army (UWSA - Vereinigte Armee des Wa-Staates) die Militärjunta des Landes auf, den Dialog mit den Waffenstillstandsarmeen wieder aufzunehmen, um ein Wiederaufflammen der Feindseligkeiten zu vermeiden.

Die Erklärung, die während einer ...

... Konferenzen herausgegeben wurde, an der 200 Kompetenzmitglieder der UWSA teilnahmen, war an die burmesische Junta und die Gruppe der ethnischen Alliierten gerichtet. Sie rief das Regime und die Waffenstillstandsgruppen dazu auf, darauf zu achten, dass ihre Differenzen über das Thema der Grenzschutztruppen (BGF) und Gebietsansprüche nicht dazu führen dürfen, dass ein neuer Krieg ausbricht.

Obwohl es eine versöhnliche Haltung forderte, wurde in der Erklärung das Regime dafür kritisiert, seine Vorstellungen den Waffenstillstandsgruppen aufzudrängen.

Einseitige "Verhandlungen" die die ethnischen Vertreter dazu zwingen, den Vertretern des Militärs zuzuhören, führen nur zu Spannungen und Streit", stand in der Erklärung.

"Zur Entwicklung des Landes und zum Wohl der Bevölkerung müssen beide Seiten Anstrengungen unternehmen, Konflikte zu vermeiden", wurde hinzugefügt.

In der Erklärung wurde auch erwähnt, dass, als sich seinerzeit der Hauptvermittler des Regimes, Generalleutnant Ye Myint mit dem Chef der UWSA, Bao Youxiang im Juni 2009 traf, dieser sagte, dass der Chef der Junta, Seniorgeneral Than Shwe die Gruppe als "Partner" anerkenne.

Die UWSA ist die stärkste bewaffnete Waffenstillstandsgruppe in Burma. Wie die meisten anderen Gruppen hat sie den BGF-Plan verworfen, der ethnische Milizen dazu auffordert, sich in Sondereinheiten zu transformieren, die unter das Kommando des burmesischen Militärs gestellt sein sollen.

Das Regime betreibt den Plan mit wenig Erfolg seit April 2009. Obwohl sich eine Handvoll von Gruppen unter das BGF-Schema eingeordnet haben, haben es andere abgelehnt und das Phantom des Wiederaufflammens von Feindseligkeiten nach mehr als zwei Dekaden verhältnismässigen Friedens auferstehen lassen.

THE BURMANET NEWS, March 24, 2011 Issue #4165, "Editor" <editor@burmanet.org>, email newsletter covering Burma, www.burmanet.org Shan Herald Agency for News - <http://www.shanland.org/index.php?option=com_content&view=article&id=3522:wa-mongla%20advised-by-china-to-shun-new-alliance&catid=96:war&Itemid=284>

China "rät" den Wa und Mongla, eine neue Alliance zu meiden- 24. März 2011 Hseng Khio Fah

Lt. einer Quelle an der sino-burmesischen Grenze wird berichtet, dass China zwei der Anti-Grenzschutzgruppen: die United Wa State Army (UWSA - Vereinigte Armee des Wa-Staates) und die National Democratic Alliance Army (NDAA - Armee des Nationaldemokratischen Bündnisses) davor warnte, sich auf irgendwelche Gruppen einzulassen, die in Opposition zur Militärjunta stehen, andernfalls sie sich Angriffen ausgesetzt sehen würden wie die Kachin Independence Armee (Kachin Unabhängigkeitsarmee) und die Shan State Army North (SSA - Armee der nördlichen Shan-Staaten).

Die Quelle zitiert einen der chinesischen Funktionäre wie folgt: "Die Junta wird Sie in Ruhe lassen, wenn Sie nicht auf die neue Allianz eingehen".

Der Bericht muss jedoch noch von den Behörden der Wa oder Mongla bestätigt werden.

Im Februar nahmen SSA und KIA an der Gründung des UNFC (United Nationalities Federal Council - Bundesrat der Vereinigten Nationalitäten), einem Bündnis von 11 bewaffneten Waffenstillstandsgruppen und Gruppen, die keinen Waffenstillstand unterzeichnet haben, teil, das den ehrgeizigen Plan hat, eine Unionsarmee aus den bewaffneten Streitmächten seiner Organisationen zusammenzustellen (die SSA stieg später wieder aus mit der Begründung, dass sie nur auf staatlicher Grundlage teilnehmen könne und nicht auf der Basis von Organisationen).

Einige Tage vor der Gründung kam es zu einem Gefecht zwischen der KIA und der burmesischen Armee in Manzi, dies war das erste Mal innerhalb einer Periode von 18 Jahren Waffenruhe.

Die SSA wird seit dem 13. März ebenfalls von der Junta angegriffen. Es wird weiterhin über Gefechte zwischen beiden Seiten berichtet, die seit gestern und heute an verschiedenen Orten in der Monghsu- und Kehsi-Präfektur in

den südlichen Shan-Staaten, sowie in Mongyai im Norden der Shan-Staaten, ausgetragen wurden.

Bisher kam es zu 5 Gefechten: dreimal gestern und zweimal heute morgen. Eines fand im Dorf Monghang, Gebiet Tuya, Mongnawng Untergemeinde der Präfektur Kehsi und in Mongyai in den nördlichen Shan-Staaten zwischen dem Bataillon SSA Nr. 801 und einigen Truppen der burmesischen Armee statt, die dort patrouillierte.

Weitere wurden am Hügel Kawngsawm in der Nähe des Dorfes Longkawng bei Mongyai im Norden der Shan-Staaten zwischen dem 1. Bataillon der SSA ausgetragen und ein weiteres zwischen dem Bataillon 196 der SSA in den Dörfern Nam-nga und Wan Hwe. Wie ein Offizier der SSA berichtete, hielten die Angriffe eine halbe Stunde lang an.

"Es wurden mindestens 3 Soldaten der burmesischen Armee getötet. Wir sammeln noch weitere Daten," sagte der Offizier.

Lokalen Quellen zufolge kam es mit dem 801 der SSA zu Zwischenfällen in Loi Zang bei Mongnawng, die von 3 bis 9 Uhr, d.h. 6 Stunden lang anhielten.

Weiter kam es zu Gefechten zwischen Mong Awd und Tawoonkeng am Salween-Übergang. Zur Zeit bewegen sich tausende Truppen der burmesischen Armee in dem von der SSA kontrollierten Gebiet und entlang des Salween, der als gemeinsame Grenze mit der UWSA gilt.

Die burmesische Armee führt hunderte von Maultieren und Pferden für den Transport in dem wegelosen ländlichen Gebiet mit sich.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on BurmaDatum:Thu, 17. Mar 2011

The Irrawaddy -

Donnerstag, den 17. März 2011

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20957>

Thein Seins Vereidigung wahrscheinlich vor dem Besuch aus China - WAI MOE

Lt. Information des Geheim- ...

... ၃၄) dienstes in Naypyidaw plant die burmesische Militärjunta, die Amtsantrittszeremonie für den gewählten zukünftigen Präsidenten Thein Sein und seinem Kabinett vor dem Besuch eines hochrangigen chinesischen Führers durchzuführen.

Die Vereidigungszeremonie wird lt. Bericht möglicherweise in der Woche nach dem Tag der Streitkräfte, in der Zeit vom 27. März bis Freitag, den 1. April stattfinden. Jia Quinglin, vierthöchster Beamter in der Hierarchie des chinesischen Politbüros, trifft am Sonnabend, den 2. April ein.

Ein hochrangiger Beamte in Naypyidaw bestätigte den Besuch Jia Quinglins und bezeichnete ihn als "Gratulationsbesuch" Beijings.

"Die Chinesen unterhalten enge Beziehungen zu unserer Regierung", sagte er. "Der chinesische Führer kommt, um U Thein Sein zu gratulieren".

Er fügte hinzu, dass eine burmesische Delegation, die aus einigen Mitgliedern der neuen Regierung bestehen soll, nach China reisen wird, um sich dort mit ihren Amtskollegen zu treffen.

Beamte beider Länder haben die Burmareise Jia Quinglins, Vorsitzender der Chinese People's Consultative Conference (Beratende Versammlung des chinesischen Volkes) und Mitglied des mächtigen ständigen Ausschusses der chinesischen kommunistischen Partei, vorbereitet.

Fast drei Monate nach den allgemeinen burmesischen Wahlen vom 7. November fand am 31. Januar die Eröffnungssitzung des Parlamentes statt, das von Offizieren des Militärs und Mitgliedern, der von der Junta gestützten Union Solidarity and Development Partei dominiert wird. Das Parlament wählte Premierminister und Exgeneral Thein Sein zum Präsidenten, während am 4. Februar der 1. Sekretär und Exgeneral Tin Aung Myint Oo und Sai Mauk Kham, ein USDP Parlamentarier der Shan, zu Vizepräsidenten gewählt wurden.

Zwei Tage später berichtete das staatliche Nachrichtenblatt New Light of Myanmar, dass der chinesische Präsident Hu Jintao und sein Nachfolger, Vizepräsident Xi Jinping, Thein Sein und seinen zwei Vizepräsidenten Glückwünsche übermittelt hätten, was somit die erste Anerkennung der neuen burmesischen Präsidentschaft durch einen ausländischen Staat war.

Burmas Junta ist darum bemüht, das neue Kabinett zu vereidigen, bevor am 1. April das neue Finanzjahr beginnt. Dieses Datum bedeutet jedoch nicht das Ende der Aera des State Peace and Development Council (SPDC - Stattlicher Friedens- und Entwicklungsrat), der seit 1988 das Land regiert hat. Beobachter weisen darauf hin, dass das offizielle SPDC-Budget in das burmesische Finanzbudget 2011/2012 übernommen wurde.

Beobachter halten auch fest, dass der Entschluss Beijings, seinen vierthöchsten Beamten nach Naypyidaw zu senden, die diplomatische Anerkennung Thein Seins als Nummer 4 in der Hierarchie der burmesischen Junta nach Seniorgeneral Than Shwe, Vize-Seniorgeneral Maung Aye und Exgeneral Shwe Mann, der jetzt Sprecher des Hauses ist, bedeutet.

Jia Quinglins Besuch erfolgt kurz nach dem Besuch eines hochrangigen Offiziers der Chinese People's Liberation Army (PLA - Befreiungsarmee des chinesischen Volkes). Generalleutnant Jia Tingan, stellvertretender Direktor der PLA der Allgemeinen politischen Abteilung, besuchte das Land vom 12. bis 16. März.

Der Besuch des chinesischen Armeedivisionärs fand in der Zeit erhöhter Spannungen zwischen den burmesischen Regierungstruppen und den bewaffneten Gruppen der Ethnien in den Shan-Staaten, einem der Überlandtor nach China, statt.

Die burmesischen Staatsmedien berichteten am Donnerstag, dass Jia Tingan, nach einem Besuch in Naypyidaw, Mandalay und der Militärstadt Pyin Oo Lwin, am Mittwoch in Rangoon seinen burmesischen Amtskollegen, Generalmajor Tin Ngwe, Chef des Büros 5 für Sondereinsätze aufsuchte.

China ist der engste Verbündete Burmas, wie auch führender Investor und Geschäftspartner des Landes. Auf der anderen Seite ist Burma die wichtigste strategische Route für seinen Zugang zum Indischen Ozean. China hat mindestens US \$2.5 Bio. in sino-burmesische Öl- und Gasleitungsprojekte investiert, die vom westlichen burmesischen Hafen in Kyaukpyu bis nach Kunming, Landeshauptstadt der Provinz Yunnan im Südwesten Chinas, führen.

THE BURMANET NEWS, March 11, 2011 Issue #4157 "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

The Irrawaddy, Freitag, den 11. März 2011, <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20923>

Fragen burmesischer Parlamentarier werden von Ministern abgeblockt -

HTET AUNG

Beide Kammern des burmesischen Parlaments treffen sich seit 31. Januar, aber den Gesetzgebern war es am Donnerstag zum ersten Mal erlaubt, Fragen zu stellen und Vorschläge ihrer Parlamentskollegen zu diskutieren. Dies führt einige Beobachter dazu, skeptisch zu sein, ob irgendein unmittelbarer Wandel der gegenwärtigen Regierungspolitik in dieser Parlamentsitzung erwartet werden kann.

Lt. The New Light of Myanmar, einem staatlichen Nachrichtenblatt, war es den Parlamentarier beider Häuser, dem Amyotha Hluttaw (Oberhaus) und dem Pyithu Hluttaw (Unterhaus) gestattet, den amtierenden Ministern Fragen zu stellen und Vorschläge ihrer Parlamentskollegen über eine Reihe von Staatsangelegenheiten zu diskutieren, die im Vorhinein unterbreitet werden mussten.

Unter den Themen, die von Parlamentsmitgliedern erhoben wurden, sind die Rolle der Zentralregierung bei Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen, die nach Naturkatastrophen notwendig werden, die Themen des Landeigentums und Beschlagnahme von Land, Bildungsreformen und Umweltbelange, die sich auf eine Jademine in der Provinz der Kachin beziehen.

Die Minister der Junta, die ebenfalls Mitglied des Parlamentes sind, antworteten auf alle Fragen und Vorschläge mit langen Erklärungen, die eine große Anzahl statistischer Daten enthielten, aber am Ende lehnten sie die Vorschläge ab, forderten deren Rücknahme oder machten vage Versprechungen für die Zeit, wenn diese dazu günstig sei.

Beobachter wiesen darauf hin, dass die Minister von Ministerialbeamten unterstützt wurden, denen alle Möglichkeiten offen standen und dadurch ... ၃၅

... soviel Daten zusammentragen konnten, um ihre Position zu stützen, während es normalen Parlamentariern nur möglich war, aus Zeitmangel, Material, Geld oder technischer Hilfsmittel, minimale Nachforschungen anzustellen.

"Nach den Wahlen war uns nicht bewusst, inwieweit das junge Parlament demokratische Prinzipien anwenden würde - die Situation hielt sich lange im Ungewissen", sagte Khin Maung Swe, Führer der Nationaldemokratischen Kraft (NDF - National Democratic Force), die im nationalen wie auch in den regionalen Parlamenten 16 Sitze gewann. "So war uns nichts anderes möglich, in dieser ersten Sitzung einige dringende Themen anzusprechen, aber wir müssen später diese Themen mit mehr Recherche verfolgen".

Ein Parlamentsmitglied berichtete dem Irrawaddy, dass die Zeitung der Junta Einzelheiten der Fragen der Parlamentarier zensierte.

"Einige Parlamentarier diskutierten die Themen in allen Einzelheiten, aber die Zeitung gab nicht ihre Kommentare dazu wieder, sagte ein Vertreter des Pyithu Hluttaw unter der Bedingung anonym zu bleiben. "Es gab zum Beispiel detaillierte Diskussionen hinsichtlich der unzulänglichen Reisversorgung für die Opfer des Zyklons Giri, was zum Teil auf die Korruption der lokalen Behörden zurückzuführen ist".

Weiterhin wird im Parlament darüber spekuliert, dass der Antrag auf Freilassung politischer Gefangener und eine Generalamnestie in den Diskussionen gestrichen wurden.

Aber nach der Möglichkeit befragt, dieses Thema im Parlament diskutieren zu können, antwortete Khin Maung Swe: "Soweit wir wissen, liegt er immer noch auf dem Tisch und wir hoffen, dass wir ihn bald besprechen können.

The Irrawaddy Today's Newsletter for Saturday, March 5, 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org, 05.03.2011, 07:43:17

The Irrawaddy -

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20881>

ASSOCIATED PRESS, 5. März 2011

NLD kritisiert Militärfond

Rangoon: Am Freitag kritisierte die burmesische prodemokratische Gruppe ein neues Gesetz, das es dem Militärfond des Landes erlaubt, über einen Sonderfonds ohne vorherige Vorlage

beim Parlament zu verfügen.

Der Fonds, der gleichzeitig mit Festlegung des neuen Budgets eingerichtet wurde, von dem fast ein Viertel für das Militär bestimmt ist, kann vom Befehlshaber des Militärs für die Zahlung von Kosten, die zur nationalen Verteidigung und Sicherheit entstehen, in Anspruch genommen werden. Einer Erklärung der National League for Democracy von Aung San Suu Kyi zufolge, benötigt er hierzu lediglich die Zustimmung des Präsidenten.

Burmas gewählter Präsident Thein Sein ist ehemaliger General, der Ende der ausgehenden Regierung der Junta als Premierminister diente. Jetzt steht er an der Spitze der vom Militär gestützten Union Solidarity and Development Party, die die Wahl im November mit grosser Mehrheit gewann, die nach Ansicht des grössten Teils der Internationalen Gemeinschaft zugunsten der Junta gefälscht worden war. Ein Mandat, das ein Viertel der Parlamentssitze für Personen, die vom Militär ernannt wurden, reserviert, stellt sicher, dass das Militär weiterhin die Führung in Händen hält.

Das Gesetz für den Sonderfonds erlaubt es, das Geld für die Sicherheit der nationalen Souveränität und zum Schutz gegen Desintegration der Union einzusetzen und besagt, dass der Oberkommandierende des Militärs "hinsichtlich der Anwendung keiner Befragung, Erklärung, Prüfung oder Organisation unterliegt".

Sogenannte Geheimfonds werden von einigen Ländern dazu benutzt, Einzelheiten über sensible Militär- oder Geheimdienstinformationen zu verschleiern. Sie können jedoch auch als Schmiergeldfonds eingesetzt werden, was zu Korruption verführt, da die Benutzer nicht zur Verantwortung gezo-gen werden können.

"Da es das Gesetz dem Obersten Befehlshaber erlaubt, den Fonds zu benutzen, ohne einer Person oder einer Organisation Rechenschaft darüber abzulegen, entspricht es nicht den Normen des Gesetzes", besagt die Erklärung der NLD.

Suu Kyis Organisation kritisiert ebenfalls das kürzlich von der Regierung veröffentlichte Budget, das dem Militär zuviel Geld zuweist und nicht genügend für soziale Dienste berücksichtigt.

Die Erklärung führt weiter aus, dass das Budget für den Haushalt 2011/2012 eher dem neugesetzten

Parlament hätte vorgelegt werden müssen, statt von der Junta beschlossen zu werden.

Die Regierung beschloss das Budget am 27. Januar, einige Tage vor der ersten Parlamentseröffnung innerhalb von zwei Dekaden. Einzelheiten, die in der offiziellen Government Gazette veröffentlicht wurden, ist zu entnehmen, dass fast ein Viertel des 7.6 Billionen Kyat (\$8.45 Billionen) umfassenden nationalen Budgets für die Verteidigung bereitgestellt werden. Der Anteil für Erziehung beläuft sich auf 4.3% und für Gesundheit auf 1.3%.

Burma gehört, gemessen am Gesundheitsindikator, zu den ärmsten Ländern Asiens.

aungthu@t-online.de

Reuters - Published: 21 March 2011
Democratic Voice of Burma

<<http://www.dvb.no/news/monks-condemn-germanys-sanctions-line/14864>>

Mönche beurteilen die deutsche Haltung Sanktionen gegenüber als sehr zurückhaltend

Es wird erwartet, dass burmesische Mönche heuter (21.03.2011) der deutschen Regierung einen Brief übergeben werden (**Reuters**)

JOSEPH ALLCHIN - 21. März 2011

Es wird erwartet, dass burmesische Mönche heuter der deutschen Regierung einen Brief übergeben werden (**Reuters**)

Als Vertreter der All Burma Monks Alliance (ABMA - Gesamtburmesische Mönchsvereinigung), werden zwei Mönche dem Ausssenministerium einen offenen Brief übergeben und vor dessen Büro in Berlin einen stummen Protest begehen.

Ashin Sopaka, der den Brief zusammen mit Ashin Kovida überbringen wird, berichtete dem DVB, dass er das deutsche Volk bittet, gegen das anscheinende Lobbying hinsichtlich der Aufhebung von Sanktionen seiner Regierung bei anderen EU-Staaten zu protestieren. "Sie sind mehr daran interessiert, mit dem Regime Geschäfte zu machen; sie sagen, dass es sich nun um eine neue Regierung handele, mit der sie eine Zusammenarbeit wünschen. Deshalb setzen sie sich dafür ein und wollen mit der Junta arbeiten, und sie wünschen, keine Kritik ..."

... von anderen Staaten zu hören".

Eine Gruppe Aktivisten von Burma Campaign UK bestätigt, dass sowohl die deutsche Regierung wie auch Italien und Spanien sich bei anderen EU-Staaten dafür einsetzen, die EU-Sanktionen gegen Burma aufzuheben. Diese Vermutung sickerte auch in einem Kabel von Wikileaks durch, in dem ein britischer Diplomat seinem amerikanischen Amtskollegen mitteilte, dass die Deutschen über die Situation in Burma "das zu hören bekamen, was sie zu hören wünschten" und infolgedessen Diskussionen innerhalb der EU über eine Lockerung der derzeitigen Massnahmen begonnen hätten.

Seit den Wahlen, die die Junta im vergangenen November abgehalten hat, gab es wiederholt Aufforderungen, die Sanktionen zu beenden. Sopaka berichtete DVB jedoch über den Protest: "Wir möchten aufzeigen, was hinter den Kulissen gespielt wird - wie die Wahl organisiert wurde und die neue Regierung zustande kam. Wir möchten ihnen klar machen, dass sie nur das Kleid, ihre Uniform abgelegt hätten und so vom Soldaten zur Zivilperson wurden, ihre Politik bleibt jedoch die alte. Wir möchten sie darauf aufmerksam machen, dass es jetzt noch mehr politische Gefangene gibt und die Mönche sich immer noch im Gefängnis befinden."

"Wir möchten, dass sie die gemeinsame Position der EU beibehalten; das ist unsere Hoffnung. Ich hoffe, sie werden uns verstehen und unsere Stimme hören".

Deutschland hat eine lange Geschichte gemeinsamer Geschäftsbeziehungen mit der burmesischen Junta. Nach den von Mönchen angeführten Protesten im September 2007 stellten Aktivisten in Deutschland fest, dass es sich bei dem Gewehr, mit dem der japanische Journalist Kenji Nagai getötet wurde, aller Wahrscheinlichkeit nach um ein deutsches G3-Sturmgewehr gehandelt habe, das von der burmesischen Armee seit 1960 als wichtiges Gefechts-Sturmgewehr eingesetzt wird. Eine umfassende Untersuchung des DVB, die sich auf den Bericht eines Überläufers stützt, zeigt, dass die deutsche Firma für Maschinenteile Deckel Maho Gildemeister (DMG) Teile für das burmesische Atomprogramm geliefert hat.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Aktivisten hinter der deutschen Haltung eine Beschwichtigungspolitik vermuten, traf sich eine grosse Delegation von einigen 30 Diplomaten der

EU mit Aung San Suu Kyi in Rangoon, um mit ihr die Sanktionen zu besprechen. Dies erfolgte auch im Anschluss eines Appells der Parteien, die Sanktionen aufzuheben, unter ihnen die National Democratic Force (NDF), die sich von der National League for Democracy (NLD) abgespalten hatte, um an den Wahlen des vergangenen Jahres teilnehmen zu können.

Sopaka wird heute in der Zeit von 14 bis 18 Uhr einen stummen Protest vor dem Aussenministerium im Zentrum Berlins führen.

Die Junta antwortete inzwischen auf die fortgesetzte Unterstützung von Sanktionen durch die NLD mit der Drohung, dass es mit der Partei einschliesslich Aung San Suu Kyi "ein schlimmes Ende" nehmen werde.

aungthu@t-online.de

Democratic Voice of Burma -
<<http://www.dvb.no/news/suu-kvi-savs-sanctions-must-remain/14898>>

Suu Kyi sagt: Die Sanktionen müssen bleiben

AFP, 23. März 2011

Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sagte am Mittwoch, dass die Sanktionen gegen die Militärjunta in Burma weiter bestehen sollen, während sich die Europäische Union auf die Entscheidung vorbereitet, ob diese aufgehoben werden sollen oder nicht.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau bestand die Nobelpreisträgerin darauf: "Sanktionen müssen bleiben. Sanktionen sollten nur dann aufgehoben werden, wenn sich hier etwas verändert".

Die EU ist bereit, im April zu entscheiden, ob die Sanktionen, die wegen Menschenrechtsverletzungen eingeführt wurden, nach Suu Kyis Entlassung aus dem Hausarrest im November fortgeführt werden sollten.

In der vergangenen Woche führten EU-Diplomaten Gespräche mit Suu Kyi, 65, über die Möglichkeit der Aufhebung von Sanktionen des Westens, die kürzlich von der Expertenkommission der Internationalen Krisisgruppe (International Crisis Group) als "kontraproduktiv" kritisiert wurden.

Verfechter von Handels- und Wirtschaftssanktionen sind der Ansicht,

dass dies der einzige Weg sei, um Druck auf die Militärherrscher in Burma auszuüben, wo vermutet wird, dass sich dort noch um die 2.200 politische Gefangene hinter Gittern befinden.

Trotz der Restriktionen für Geschäfte des Westens, haben asiatische Firmen, vor allem aus China, Indien, Thailand und Südkorea die politische Situation und Menschenrechtsverletzungen ignoriert und in das ressourcenreiche Burma investiert.

The Irrawaddy Today's Newsletter for Tuesday, March 8, 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org, 08.03.2011, 13:51:36

The Irrawaddy,

Dienstag, den 8. März 2011 -

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20894>

"Heimatlos" MA SU MON

Diesen Monat erscheint bei Voice of Witness (Zeugenstimme) das Buch Heimatlos: Erzählungen von Überlebenden des burmesischen Militärregimes. Heimatlos ist eine zutiefst beeindruckende Sammlung von Zeugenberichten aus erster Hand von Burmesen, die von der Niederwerfung des burmesischen Militärregimes betroffen sind. Die Zeugenberichte wurden von den Schriftstellern Maggie Leme und Zoë West zusammengestellt und herausgegeben. Dieses Buch ist der siebte Titel, der in der Serie Voice of Witness herausgegeben wird und soll ab 15. März 2011 in den USA erhältlich sein. Sie erfahren mehr über *dieses Buch und die Arbeit von Voice of Witness unter www.voiceofwitness.org.*

The Irrawaddy erhielt den Zugang zu Auszügen einiger dieser Zeugenberichte. Diese Woche stellen wir Ma Su Mon heraus.

Die Geschichte Ma Su Mons

Ma Su Mon verband sich 1996, als die regierende Militärjunta alle Universitäten des Landes für vier Jahre schloss, mit der burmesischen Demokratiebewegung. Sie begann ein Studium im Büro der NLD, wo sie "Auntie" (Tante) Daw Aung San Suu Kyi kennenlernte - und fühlte sich aufgerufen, als ordentliches Mitglied der Jugendgruppe der Opposition beizutreten. Wegen ihrer Zugehörigkeit zur NLD wurde Ma Su Mon von Offizieren des Geheimdienstes festgenommen und ins Insein-Gefängnis gebracht, wo man sie einer grausamen Behandlung unterwarf, indem man ihr ausreichende Nahrung vorenthielt und wo sie elf Monate in Einzelhaft verbringen musste. Sie war 22 Jahre alt. Nach ihrer Entlassung wurde sie Journalistin und lebt jetzt in Thailand, wo sie an ihren ...

...  *Master in Kommunikation und der Karriere zur Journalistin arbeitet*

Zu Beginn meiner vollen Mitgliedschaft in der NLD verrichtete ich zuerst nur ganz einfache Dinge. Als wir am 13. März 2000 den Menschenrechtstag begingen, veränderte sich die Lage schlagartig. Die NLD hielt am Menschenrechtstag in Myanmar eine Feierstunde ab und veranstaltete einen Dichter- und Malwettbewerb. Ich schrieb über meine Erfahrungen an der Universität in Burma und über meine Sorge, die Ausbildung nicht fortsetzen zu können. Ich schrieb, dass ich durch die Unterdrückung der Militärregierung veranlasst wurde, an der politischen Bewegung teilzunehmen. Ich stellte fest, dass Politik zu einer neuen Universität in meinen Leben geworden war. Mein Gedicht gewann und Daw Aung San Suu Kyi übergab mir während der Feierstunde den Preis.

Wir waren während dieses Monats sehr beschäftigt, Daw Aung San Suu Kyi bereiste unsere Städte, um behilflich zu sein, ein Netzwerk für NLD-Mitglieder aufzubauen und die Position von Studentenfürhern zu bestimmen. Jede Stadt hatte drei Studentenfürher an der Spitze - den ersten, den zweiten und den dritten Führer. Ich wurde zum dritten Führer meiner Stadt ernannt.

Wir waren uns bewusst, dass wir festgenommen würden, deshalb blieben einige meiner Freunde nicht mehr bei ihren Familien. Als wir von der Führung unseren Posten zugeteilt erhielten, wusste ich, dass irgendetwas mit uns geschehen wird. Aber ich dachte nicht, dass dies so schnell passieren würde. Bald begann die Regierung, alle Mitglieder festzunehmen, und so kamen sie auch zu mir nach Hause

Sie drangen einfach in mein Zimmer ein und begannen, überall zu suchen. Sie fanden einige Papiere - einige öffentliche Erklärungen und die Urkunde meines Dichterpreises. Sie nahmen alles mit. Ich hatte damals wirklich Angst, ich war sehr nervös. Ich konnte mich nicht mehr auf den Beinen halten.

Die Beamten benötigte ungefähr 25 Minuten, um alle meine Papiere einzusammeln. Sie zwangen meine Mutter und die Gemeindeangestellten, ein Schriftstück zu unterzeichnen, durch das sie bestätigten, dass ihnen meine Mitnahme bekannt sei und sie darin einwilligten. Sie verbanden mir die Augen und behandelten mich sehr roh, als sie mich ins Auto beförderten.

Als sie mich zum Gelände des Geheimdienstes brachten, befanden sich dort bereits so um die hundert Menschen, die ebenfalls festgenommen und zum Verhör gebracht worden waren. Ich konnte die anderen sehen, unter ihnen waren auch einige meiner Freunde, aber wir konnten nicht miteinander sprechen. Der Geheimdienstoffizier sagte: "Wenn Du dieses Papier hier unterschreibst, kannst Du sofort nach Hause gehen". Das Papier besagte: "Ich werde mich an keinerlei politischer Bewegung beteiligen. Ich werde mich nicht mehr politisch engagieren. Ich werde dies nicht mehr unterstützen". Einige meiner Freunde unterzeichneten das Schriftstück, ich jedoch nicht. Es würde mich Lügen strafen, denn ich konnte so etwas nicht versprechen.

Nachdem ich ihnen mitgeteilt hatte, dass ich nicht unterschreiben werde, teilten sie uns in zwei Gruppen. Sie zogen uns Kapuzen über die Köpfe wie bei Menschen, die zur Exekution geführt werden. Wir konnten nicht das geringste sehen. Dann verfrachteten sie unsere Gruppe in ein Polizeiauto, das mit Gittern versehen war. Wir waren so viele, dass wir kaum atmen konnten. Wir konnten einander nicht sehen und wussten nicht, wer der Nächststehende war. Möglicherweise dauerte die Fahrt nur eine Minute, aber es erschien uns wie eine Stunde, bis sie die Tür des Transportwagens öffneten. Sie hatten uns ins Inseingefängnis gebracht, dem grössten Gefängnis im Lande.

Alexandra Rösch <a.roesch@green-pix.de>

Treffen mit Vertretern des deutschen Außenministeriums in Berlin -

Alexandra Rösch Berlin, 28.03.2011

" Jene, die für sich in Anspruch nehmen, sich nicht in die inneren Belange von Burma einzumischen, schrecken vor einer wirtschaftlichen Beteiligung nicht zurück. Wie können Sie sagen, dass Sie sich nicht in die inneren Belange unseres Landes einmischen, solange Sie wirtschaftlich daran teilnehmen?" (Ashin Kovida).


Am 21. März 2011 überbrachten die burmesischen Mönche Ashin Kovida und Ashin Sopaka der deutschen Re-

gierung ein Schreiben, mit dem sie um Unterstützung des burmesischen Volkes baten. Die darin enthaltene Erklärung wurde Anfang Dezember 2010 von der ABMA - the All Burma Monks Alliance (Vereinigung aller burmesischen Mönche) herausgegeben, der Organisation, die für den Aufstand von 2007 in Burma verantwortlich war.

In Begleitung der Mönche nahmen an dem Treffen im deutschen Ausenministerium teil: Ko Aung Htoo, Generalsekretär des burmesischen Juristenverbandes, Aung Thu von Burma Büro Deutschland e.V., Michael Funk vom deutschen Buddhistenrat (DBU) und Alexandra Rösch, Vertreterin des The Best Friends International e.V., Theo Kidess vom Departement Südostasien, Dirk Sanders von der Menschenrechtsabteilung und Delegierter des Botschafters für Menschenrechte in Deutschland.

In dem offenen Brief bittet die ABMA die UNO, EU, ASEAN sowie alle Regierungen der Internationalen Gemeinschaft um ihre Unterstützung. Die Organisation der Mönche möchte besonders jetzt öffentlich den Appell von Aung San Suu Kyi unterstützen. Aus diesem Grunde wurde eine Erklärung abgegeben mit der Bitte an das Regime: umgehend alle Mönche und politischen Häftlinge zu entlassen, die 2007 festgenommen wurden. an die Internationale Gemeinschaft: die Wahlergebnisse von 2010 nicht anzuerkennen; die Organisation einer zweiten Panglong-Konferenz zu unterstützen und alles daran zu setzen, damit ein Dialog zwischen dem Regime der Opposition und den Führern der Ethnien zustande kommt.

Theo Kidess vom Dezernat Südostasien des deutschen Ausenministeriums zeigte sich mit der Entlassung der politischen Häftlinge einverstanden. "Sie müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden," sagte er. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die Mönche immer noch im Gefängnis sind."

Er stimmte auch zu, dass es sich bei den Wahlen von 2010 um einen Betrug handele. "Aber ich denke nicht, dass wir auf die Ergebnisse der Wahl von 1990 zurückgreifen können. Es gibt jetzt eine Zivilgesellschaft in Burma, es gibt verschiedene Parteien und unterschiedliche Meinungen. Wir bemühen uns, die Zivilgesellschaft zu unterstützen". Theo Kidess sagte auch, dass Deutschland bereit wäre, eine zweite Panglong-Konferenz zu 

... unterstützen, "falls alle Parteien in Burma dieser zustimmen. Wir warten darauf."

Neben dem Offenen Brief wird zur Zeit auch die Möglichkeit diskutiert, die burmesischen Militärs wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den Untersuchungsausschuss des Internationalen Strafgerichtshofes zu bringen, sowie die deutsche Haltung gegenüber Sanktionen gegen Burma. Theo Kidess sagte: "Wir haben niemals gesagt, dass wir eine Untersuchung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht unterstützen wollen. Aber wir müssen uns alle Beweise ansehen. Sollten alle Tatsachen offen vorliegen, werden wir sie unterstützen. Selbst Aung San Suu Kyi antwortete in ihrem Interview mit der New York Times sehr vorsichtig im Hinblick auf eine Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Burma. Wir kämpfen gegen Straflosigkeit, jedoch auf eine sehr vorsichtige Weise. Aber die wichtigen Schritte müssen innerhalb des Landes selbst unternommen werden. Wir können Burma nicht die Demokratie aufzwingen."

Die Sanktionen sollten so lange gültig bleiben, bis sich Einzelheiten substantiell geändert haben. Die EU arbeitet an den Einzelheiten, die die Sanktionen betreffen. Zehn burmesische politische Parteien haben die Aufhebung der Sanktionen gefordert. Aber zur Zeit können wir sagen, dass die EU die Sanktionen verlängern wird."

Alle Vertreter der deutschen Regierung bestanden darauf, dass "deutsche Wirtschaftsinteressen getrennt von Menschenrechten betrachtet werden. Die Basis ist die "Rechtsstaatlichkeit". Dies ist der Hauptpunkt. Deutschland ist daran interessiert, dass in Burma Rechtsstaatlichkeit hergestellt wird, dies muss aber durch das burmesische Volk selbst geschehen. Das Thema der Menschenrechte und Wirtschaftsinteressen stehen nicht im Widerspruch zueinander."

Aung Htoo, Generalsekretär des burmesischen Juristenverbandes, wies darauf hin, dass zur Zeit in Burma keine Rechtsstaatlichkeit besteht. "Wie können Sie ohne das Bestehen eines freien Handels innerhalb des Landes Menschenrechte vom Wirtschaftsthema trennen?" fragte Aung Htoo. Alle Firmen befinden sich in den Händen der Kumpane des Militärregimes."

Gleichzeitig mit dem Treffen fand vor dem Aussenministerium eine stumme Demonstration von ungefähr 20 Perso-

nen statt, um an die Menschenrechtsverletzungen, die auch heute in Burma begangen werden, zu erinnern.

Bilder der Demo

The Irrawaddy Today's Newsletter for Thursday, March 3, 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org, (03.03.2011) Gestern 13:59:32

The Irrawaddy,
Donnerstag, den 3. März 2011

Internationaler Strafgerichtshof für Libyen... Warum nicht für Burma? - HTET AUNG

Das Jahr 2011 begann mit einer Reihe von prodemokratischen Aufständen in Nordafrika und dem Mittleren Osten, die alsbald unter dem Namen der "Jasmin-Revolution" liefen. Aber der süsse Duft der Freiheit wehte über den Maghreb und verlor sich auf dem Weg nach Libyen.

Inspiziert von den erfolgreichen Demonstrationen, die die Führer im benachbarten Tunesien und Ägypten verdrängten, zogen verärgerte Libyer auf die Strasse, um gegen die stagnierende korrupte Herrschaft von Muammar al-Quadhafi zu protestieren, der über seine sogenannte "Jamahiriya", die Republik seines eigensten Volkes mit eiserner Faust regiert, seitdem er 1969 einen Putsch inszeniert hatte.

Im Gegensatz zu prodemokratischen Demonstrationen in anderen Teilen der arabischen Welt, zogen die unbewaffneten libyschen Demonstranten den Zorn al-Quadhafis auf sich, der die Opposition hart niederzwang, indem er sich seiner loyalen Streitkräfte bediente und selbst Düsenjäger einsetzte.

Am 25. Februar rief der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (Human Rights Council - HRC) zu einer Sondersitzung in Genf zusammen. Diese verabschiedete umgehend und übereinstimmend eine Resolution, um "eine unabhängige internationale Untersuchungskommission nach Libyen zu entsenden, die alle angeblichen Verletzungen des internationalen Menschenrechtsgesetzes im Lande untersuchen soll".

Am Tage nach der Resolution des Menschenrechtsrates nahm der Sicherheitsrat der UNO (UNSC) einstimmig eine historische Resolution an, mit

der Sanktionen gegen das Regime al-Quadhafis ausgesprochen wurden, einschliesslich der Empfehlung, den Fall an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu leiten, um dort zu untersuchen, inwieweit das libysche Regime durch den Angriff auf seine Bürger "Vergehen gegen die Menschlichkeit" verübt hat.

In der in der Geschichte der UNO seltenen Übereinstimmung haben alle fünf Vetomächte - die Vereinigten Staaten, China, Grossbritannien, Frankreich und Russland - für ein Vorgehen gegen das al-Quadhafi-Regime gestimmt.

Wie das Nachrichtenzentrum der UNO mitteilt, hat der Internationale Gerichtshof (ICC) am 28. Februar einen Prozess angestrengt, um entscheiden zu können, inwieweit eine Verletzung der Menschenrechte durch das libysche Regime, das seine eigenen Bürger angreift, stattfindet. Der Staatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofes ICC, Luis Moreno-Ocampo, sagte, dass es keine Straffreiheit für schuldige Führer geben wird und dass er "umgehend" eine Entscheidung treffen will.

Die Weltorganisation bewies, dass sie innerhalb weniger Tage stark und effektiv mit einem Schurkenregime umgehen kann und kann dafür nur gelobt werden. Aber warum ist die UNO dann so machtlos, wenn es sich um die Militärjunta in Burma handelt?

Die Antwort ist klar und einfach: in der Verurteilung der libyschen Regierung, sprach der UNO-Sicherheitsrat mit einer Stimme, eine Einstellung, die im Falle Burmas in keiner Weise vorhanden war.

Das burmesische Volk endete jedesmal, wenn es sich erhob und die Umwandlung der Militärherrschaft in eine Demokratie forderte, in einem Sperrfeuer brutaler Niederwerfungen. Alle burmesischen Demonstranten erwartet, auf der Strasse erschossen zu werden, festgenommen zu werden und gefoltert zu werden, durch die Flucht ins Exil gezwungen zu werden, oder es erwartet sie eine unmenschliche Gefängnisstrafe.

2007 zeigten die burmesischen Herrscher ihre völlige Verachtung, indem sie ihren Truppen befahlen, in die Menge zu schiessen, und dies nicht nur auf unbewaffnete Demonstranten, sondern selbst auf buddhistische Mönche und Nonnen.

2003 bewies die Junta ihr ...

... rücksichtsloses Vorgehen, indem sie auf die prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi eine vorsätzliche Attacke plante und ihre Motorkolonne in Depayin, einer Stadt in Zentralburma, inszenierte, in der loyale Schläger um die 70 Menschen mit Stöcken und Steinen und mit blossen Fäusten töteten.

In den vergangenen 20 Jahren hat die burmesische Armee in den ethnischen Grenzgebieten mehr als 3000 Dörfer niedergebrannt und dadurch eine halbe Million Menschen, grösstenteils aus den ethnischen Minderheitsgruppen, zur Flucht in den Dschungel oder über die Grenze nach Thailand gezwungen.

Alle diese Menschenrechtsverletzungen sind gut in Resultationen dokumentiert und wurden seit Anfang 1990 regelmässig jedes Jahr der UNO-Generalversammlung und dem Menschenrechtsrat HCR vorgelegt. Trotzdem erfreut sich die burmesische Junta weiterhin der Straffreiheit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das Fehlen einer unabhängigen Untersuchungskommission hat die Situation verschärft und die Generäle davon überzeugt, dass sie auf keiner internationalen legalen Arena belangt werden können.

Anfang 2010 forderte Tomás Quintana, Sonderberichterstatter für Menschen-

rechte in Burma, in einem bisher nicht dagewesenen Schritt in seinem Bericht an den Menschenrechtsrat die Untersuchung möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Burma. Bis heute haben weder der Menschenrechtsrat noch der UNO-Sicherheitsrat darauf reagiert.

Am 3. März gab das Asian Legal Resource Center (ALRC) einen Pressebericht bezüglich einer separaten Vorlage heraus, die anlässlich der 16. ordnungsmässigen Sitzung des Menschenrechtsrates (vom 28. Februar bis zum 25. März) in Genf erfolgte. In dieser Presseerklärung bezog sich das ALRC auf Fragen, die die Delegation der japanischen Regierung an die burmesische Delegation während der Sitzung gerichtet hatte und sagte:

"Das Problem der systemischen Menschenrechtsverletzungen in Myanmar (Burma) ist weniger ein Problem der Ablehnung, sich auf die Standards der Internationalen Gemeinschaft einzulassen, noch eine Verpflichtung dem internationalen Recht gegenüber, als ein Problem, sich dem internen Gesetz gegenüber oder besser irgendwelchen Gesetzesstandards wie auch immer geartet, verpflichtet zu fühlen".

Die Erklärung unterstrich auch die Schwäche des Menschenrechtsrates mit der Aussage: "Die Lücke zwischen dem innerstaatlichen Gesetz und der Realität in Myanmar ist nicht die einfa-

che Konsequenz von Methoden, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, sondern es ist eine Sache der Politik. Dies ist der elementare Grund der chronischen Menschenrechtsverletzungen in Myanmar, dennoch wurde dies bisher nicht richtig oder in seiner Gänze vom Menschenrechtsrat anerkannt".

Unglücklicherweise hört das burmesische Volk nie eine Stimme vom UNO-Sicherheitsrat, was zur Folge hat, dass für die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen durch die Junta irgendein internationaler gesetzlicher Rahmen fehlt.

Ist dies so, weil der burmesische starke Mann, Seniorgeneral Than Shwe, bisher keine friedlichen Demonstranten auf der Strasse bombardiert hat wie al-Qadhafi? Oder geschieht es, weil die Junta ihre blutigen Spuren bisher erfolgreich verwischt hat? Ist es, weil es bisher keine Spaltung in den Reihen des burmesischen Militärs gab?

Obwohl der derzeitige Zustand der Gewalt in Libyen hinsichtlich Intensität und Handhabung sich völlig von den Ereignissen in Burma unterscheidet, hat es das burmesische Volk seit langem verdient, dass die UNO sich über die Ungerechtigkeit im Lande ausspricht.

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com>, <http://www.burma-report.de>

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros –
zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie,
wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.
Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ : 440 100 46
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>